



Schutzverordnung „Burgweier“

Gestützt auf Art. 98 ff. des kantonalen Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz) und auf Art. 12 ff. der kantonalen Verordnung über den Schutz wildwachsender Pflanzen und freilebender Tiere (Naturschutzverordnung) sowie Art. 129 und 131 f. der Bauordnung der Stadt St.Gallen vom 21. März 1978 erlässt der Grosse Gemeinderat der Stadt St.Gallen zum Schutze der Landschaft „Burgweier“ folgende Schutzverordnung:

I. Einleitung

Art. 1 Geltungsbereich

¹Die Schutzverordnung gilt für das Gebiet Burgweier innerhalb der im Schutzplan bezeichneten Perimeter für Naturschutzgebiet und Umgebungszone. Der Schutzplan im Masstab 1: 2'000 und der Entwicklungs- und Pflegeplan im Massstab 1:1'000 sind integrierender Bestandteil der Schutzverordnung.

²Es werden die folgenden im Schutzplan bezeichneten Schutzgebiete und Schutzobjekte unterschieden:

- a) Naturschutzgebiet mit Mager- und Feuchtwiesen
- b) Umgebungszone mit besonderen Vorschriften
- c) Gewässer und Verlandungsbereiche
- d) Hecken, Feld- und Ufergehölze
- e) Niederhecken
- f) Naturobjekte (markante Einzelgehölze)
- g) Obstbäume
- h) Kulturobjekte.

Art. 2 Zweck

¹Die Schutzverordnung bezweckt den Schutz, die Erhaltung und gegebenenfalls historische Wiederherstellung des Landschaftsbildes, des Landschaftshaushaltes



(insbesondere des Boden-, Gewässer- und Grundwasserhaushaltes) und der Pflanzen- und Tierwelt der Landschaft Burgweier.

²Die Schutzverordnung fördert Entwicklungen und Massnahmen, die für die Erhaltung und Verbesserung des Landschaftsbildes, des Landschaftshaushaltes und von Naturwerten notwendig sind und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Standortgerechtigkeit entsprechen.

Art. 3 Vorbehaltenes Recht

¹Soweit diese Schutzverordnung nicht im Rahmen gesetzlicher Ermächtigung abweichende Bestimmungen enthält, gilt subsidiär das Recht des Bundes, des Kantons und der Stadt.

II Allgemeine Schutzbestimmungen

Art. 4 Wasserhaushalt

¹Dem Zweck dieser Schutzverordnung widersprechende Veränderungen des Wasserhaushaltes sowie der Wasserflächen, Wasserläufe und Ufer sind nicht zulässig.

²Massnahmen zur ökologischen Aufwertung der Gewässer und zum Schutze des Grundwassers und der Grundwassernutzung sind anzustreben, so z.B.:

- a) die Öffnung eingedolter Bachbereiche
- b) die naturnahe Umgestaltung der Bach- und Uferbereiche
- c) die Wiederherstellung historischer Gewässerelemente.

³Notwendige Gewässerverbauungen sowie Massnahmen zur Sicherstellung des Hochwasserabflusses und zur Sicherheit der Stauanlagen sind naturnah auszuführen. Sie haben sich gut in das Landschaftsbild und in die charakteristischen Elemente der Landschaft einzufügen.



Art. 5 Landschaftshaushalt

¹Das Naturschutzgebiet und seine Umgebungszone sind als Lebensraum seltener und bedrohter Pflanzen- und Tierarten zu erhalten und durch geeignete Massnahmen aufzuwerten oder wiederherzustellen.

²Das Einbringen und die Lagerung von Dünger, chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und anderen Giftstoffen ist verboten.

³Das Liegenlassen und die Ablagerung von Abfällen und anderen Materialien ist verboten, ausgenommen sind Massnahmen wie das Liegenlassen von Asthaufen zur ökologischen Aufwertung.

⁴Das Versäubern und Laufenlassen von Hunden im Naturschutzgebiet ist verboten.

Art. 6 Landschaftsbild

¹Bauliche Massnahmen an bestehenden und neuen Bauten und Anlagen haben auf das Landschaftsbild und auf die charakteristischen Elemente der Landschaft Rücksicht zu nehmen.

²Terrainveränderungen, Entwässerungen, Abgrabungen und Aufschüttungen sind zulässig, wenn sie den Schutzzielen entsprechen.

³Die Zufahrten zu den bestehenden Bauten und Anlagen sowie für land- und forstwirtschaftliche Zwecke ist gewährleistet.

⁴Die für die Ver- und Entsorgung erforderlichen Einrichtungen sind unter möglicher Schonung des Landschaftsbildes, des Landschaftshaushaltes und von einzelnen Naturwerten zu erstellen.

Art. 7 Land- und Forstwirtschaft

¹Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung ist im Rahmen der Gesetzgebung gewährleistet. Vorbehalten bleiben besondere, einschränkende Bestimmungen dieser Verordnung.



Art. 8 Erholung und Veranstaltungen

¹Erholungsarten sowie Veranstaltungen, die mit erheblichen Immisionen verbunden sind, sind nicht zulässig

²Unzulässig sind namentlich Nutzungen, die

- a) eine Schädigung des Landschaftshaushaltes bewirken (z.B. Verdichtung von Böden)
- b) das Landschaftsbild durch übermässige Werbung stören.

³Eine Bewilligung ist, mit Ausnahme bei kulturellen Veranstaltungen in Zusammenhang mit dem Tröckneturm, erforderlich für:

- a) Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmenden oder Besuchenden;
- b) Nutzungen, die privaten motorisierten Verkehr erzeugen, der wesentlich über den bei der Grundnutzung herrschenden Verkehr hinausgeht
- c) Nutzungen, die elektronisch verstärkte Lärmemissionen erzeugen.

III **Besondere Schutzbestimmungen**

Art. 9 Naturschutzgebiet mit Mager- und Feuchtwiesen

¹Das Naturschutzgebiet ist als Feucht- und Trockenstandort sowie als Lebensraum seltener und bedrohter Pflanzen- und Tierarten zu erhalten bzw. dieser Lebensraum durch geeignete Massnahmen aufzuwerten oder wiederherzustellen.

²Das Betreten des Naturschutzgebietes ist für Unberechtigte verboten. Für die Bewirtschaftung und Pflege sowie für die fischereiliche Nutzung ist der Zugang gewährleistet.

³Es gilt ein Weideverbot. Die zweischürigen Magerwiesen dürfen nicht vor dem 15. Juli, die einschürigen Feuchtwiesen nicht vor dem 1. September gemäht werden.



Art.10 Umgebungszone mit besonderen Vorschriften

¹In der Umgebungszone muss die Nutzung den Grundsätzen der Standortgerechtigkeit und der Nachhaltigkeit entsprechen sowie die Artenvielfalt und die ökologische Stabilität fördern. Auf die kulturgeschichtlichen Besonderheiten der Burgweierlandschaft ist Rücksicht zu nehmen.

²Die Grünflächen sind extensiv, d.h. nach biologischen Grundsätzen zu bewirtschaften. Die entsprechenden Massnahmen sind mit den Bewirtschaftern zu regeln.

³Die Pflanzendecke darf nicht durch Freizeit- und Erholungsaktivitäten beeinträchtigt werden.

⁴In der Umgebungszone ist die Erstellung eines öffentlichen Fussweges zulässig, sofern das Landschaftsbild, der Landschaftshaushalt und einzelne Naturwerte nicht beeinträchtigt werden. Vorbehalten bleibt das strassenrechtliche Verfahren.

Art.11 Gewässer und Verlandungsbereiche

¹Die Burgweier und der Burgweierbach sind (im Kontext mit dem Tröckneturm) als Zeugen für die Textilgeschichte St.Gallens, als charakteristische Gewässerelemente im Stadtbild und als ökologisch bedeutende Lebensräume langfristig und nachhaltig zu sichern.

²Die Fischerei ist in den beiden unteren Weihern und in den Bächen für Berechtigte erlaubt.

³Der obere Burgweier ist als Amphibienlaichgewässer von Fischbesatz freizuhalten. Die fortschreitende Verlandung dieses Weihers ist aus ökologischen Gründen zuzulassen. Mindestens ein Drittel der ursprünglichen Weiherfläche ist jedoch als offene Wasserfläche zu erhalten.

Art. 12 Hecken, Feld- und Ufergehölze

¹Die im Schutzplan entsprechend bezeichneten Gehölze sind, sofern nicht bereits vorhanden, zu ergänzen, in ihrem Bestand ungeschmälert zu erhalten und



fachgerecht zu pflegen. Ausgenommen sind Eingriffe, die der ökologischen und gewässerbiologischen Aufwertung dienen.

²Neu- und Ersatzpflanzungen sind möglichst vielfältig mit einheimischen standortgerechten Baum- und Straucharten auszuführen.

Art. 13 Niederhecken

¹Die im Schutzplan entsprechend bezeichneten Niederhecken sind zu erhalten und fachgerecht zu pflegen.

Art. 14 Naturobjekte (markante Einzelbäume)

¹Die im Schutzplan entsprechend bezeichneten Bäume sind unbeeinträchtigt zu erhalten.

²Natürliche Abgänge sind durch Neupflanzung gleichwertiger Arten zu ersetzen.

Art. 15 Obstbäume

¹Die im Perimeter der Schutzverordnung vorhandenen Obstbäume sind in ihrem Bestand zu erhalten und fachgerecht zu pflegen.

²Zusätzliche Hochstamm-Obstbäume sind standortgerecht unter Berücksichtigung des Landschaftsbildes unter möglicher Schonung des Landschaftshaushaltes und von einzelnen Naturwerten zu pflanzen.

³Das Fällen von Hochstamm-Obstbäumen bedarf einer Bewilligung. Bei Neu- und Ersatzpflanzungen sind nach Möglichkeit alte Sorten vorzusehen.

Art. 16 Kulturobjekte

¹Die im Schutzplan als Kulturobjekte bezeichneten Bauten und Anlagen sind zu erhalten. Abbrucharbeiten sowie bauliche Massnahmen, die schutzwürdige Elemente beeinträchtigen, sind untersagt. Der Stall kann kultur-gewerblich und für standortgebundenes Wohnen genutzt werden.



²Massnahmen im Umgebungsbereich von Kulturobjekten dürfen das Objekt nicht beeinträchtigen.

IV Schlussbestimmungen

Art. 17 Vollzug

¹Der Stadtrat regelt den Vollzug dieser Schutzverordnung, insbesondere die Umstellung auf biologischen Landbau, die Aufsicht, Pflege und die Abgeltung ökologischer Leistungen.

Art. 18 Strafbestimmungen

¹Wer gegen die Vorschriften dieser Schutzverordnung verstösst, wird, gestützt auf Art. 132 lit. c des Baugesetzes vom 6. Juni 1972 und Art. 25 der Naturschutzverordnung vom 17. Juni 1975, mit Busse oder Haft bestraft.

²Die Verpflichtung zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes bleibt vorbehalten.

Art. 19 Bewilligungspflicht

¹Die Baubewilligungspflicht nach Art 78 Abs. 1 BauG wird in Anwendung von Art. 99 Abs. 4 BauG ausgedehnt auf:

- a) Terrainveränderungen
- b) Änderungen an Kulturobjekten, inkl. Fassadenveränderungen.

Art. 20 Ausnahmbewilligungen

¹Bewilligungen für Massnahmen, die eine Beeinträchtigung oder Beseitigung von Schutzgegenständen zur Folge haben, können erteilt werden, wenn sich ein gewichtiges, das Interesse an der Erhaltung überwiegendes Bedürfnis nachweisen lässt. Für Lebensräume schutzwürdiger Pflanzen und Tiere ist in der Regel Realersatz zu leisten



V Vorbehalt

Art. 21 Zonenplanänderung und Gestaltungsplan „Burgstrasse“

Der Erlass dieser Schutzverordnung erfolgt unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Beschlussfassung über die Zonenplanänderung und den Gestaltungsplan „Burgstrasse“.

